

NEUFASSUNG

Vorlage für die Sitzung des Senats am 14.09.2021

„Autoposer nerven die Bürger:innen und gefährden die Gesundheit“

(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft - Frage 8)

A. Problem

Die Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie sind die Erfahrungen mit der Kontrollgruppe Autorennen/Autoposer und wie viele Bußgelder und Fahrzeugstilllegungen wurden inzwischen erwirkt?
2. Wie werden die Beamt*innen für diese anwachsende Problematik geschult und wie ist die technische Ausrüstung?
3. Hat sich die temporäre Sperrung des Sielwalls bewährt, sind weitere Maßnahmen geplant und könnten Bundesratsinitiativen des Senats die rechtliche Situation verbessern helfen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die „Kontrollgruppe Posing“ der Polizei Bremen hat festgestellt, dass das Phänomen „Posing“ vorwiegend in den Sommermonaten auftritt. Im Jahr 2020 führten insbesondere auch die pandemiebedingt geschlossenen Lokaltäten sowie das insgesamt weitestgehend ruhende öffentliche Leben zu einem Rückgang der Fallzahlen. Seit Einführung der Kontrollgruppe in 2019 wurden insgesamt 148 Bußgeldverfahren eingeleitet. Davon 46 im Jahr 2019, 37 im Jahr 2020 und 65 mit Stand Juni im Jahr 2021.

Insgesamt wurde in 16 Fällen die Weiterfahrt untersagt. Zwei Sicherstellungen manipulierter Fahrzeuge erfolgten durch die „Kontrollgruppe Posing“ erstmalig in diesem Jahr.

Zu Frage 2:

Mitarbeitende der „Kontrollgruppe Posing“ erhalten eine Spezialschulung an der Polizeiakademie Hessen. Neben polizeilichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen erfolgen Weiterbildungen der Mitarbeitenden in Kooperation mit hiesigen Überwachungsorganisationen wie TÜV Nord und Dekra. Neue Mitarbeitende erhalten zudem eine interne Schulung.

Für die Mitarbeitenden im Einsatz- und Revierdienst sowie die der Einsatzzüge in der Bereitschaftspolizei bietet die Verkehrsüberwachung Schulungsveranstaltungen zu technischen Manipulationen und zur Bekämpfung aggressiver Verhaltensweisen im Straßenverkehr an. Darüber hinaus werden von der Verkehrsüberwachung der Polizei Bremen zusätzliche Seminare zum Erwerb und Erhalt einer Messberechtigung für das Laser-Handmessgerät angeboten.

Die „Kontrollgruppe Posing“ verfügt über zwei zivile Einsatzfahrzeuge. Ein Fahrzeug ist mit entsprechender Videomesstechnik ausgerüstet. Dieses kann ausschließlich von dafür ausgebildeten Mitarbeitenden eingesetzt werden. Die Fahrzeuge sind entsprechend motorisiert. Zusätzlich verfügt die „Kontrollgruppe Posing“ über sogenannte Actionkameras, die das Verkehrsverhalten aufzeichnen können. Zusätzlich ist jedes Fahrzeug mit einem kalibrierten Schallpegelmessgerät und beleuchtetem Hohlraumunterbodenspiegel ausgestattet.

Zu Frage 3:

Die Sperrung der Sielwallkreuzung wurde vom ASV am 24.06.2021 angeordnet.

Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass allein die Anordnung von Verkehrszeichen nicht zu einer Veränderung des Verkehrsverhaltens führten. Kraftfahrzeugführer:innen haben das Verbot der Einfahrt entweder nicht wahrgenommen oder ignoriert. Aus diesem Grund wurden zusätzliche Maßnahmen zunächst durch die Polizei Bremen getroffen. Mit polizeilichen Einsatzmitteln wurden ab dem Geltungsbereich der Verkehrszeichen Sperren eingerichtet. Die Kontrollstellen wurden durch Polizeibeamt:innen besetzt. Durch diese zusätzlichen Maßnahmen ist es gelungen, die Sielwallkreuzung frei zu halten und das Verbot der Einfahrt durchzusetzen.

Da diese Maßnahme zusätzliche Kräfte der Polizei Bremen gebunden hat, die dann in anderen Einsatzbereichen fehlten, wurde die Aufgabe der Firma Elko & Werder Security GmbH übertragen.

Trotz intensiver medialer Berichterstattung scheint das Durchfahrverbot noch immer nicht flächendeckend bekannt zu sein. Deshalb wurden und werden durch die Polizeikräfte weiterhin Aufklärungsgespräche zur neuen Verkehrssituation geführt. Das Beschwerdeaufkommen für die Monate Juni und Juli kann als erhöht beschrieben werden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Ausweichverkehre. Ob sich das Verkehrsaufkommen im Steintor- bzw. Ostertorviertel durch die Sperrung tatsächlich reduziert

hat, kann nicht beantwortet werden, da keine Zahlen zur vorherigen Verkehrsfrequenz vorliegen. Nach erster Einschätzung und Bewertung der dort regelmäßig eingesetzten Polizeikräfte, hat die Sperrung jedoch insgesamt zu keiner wesentlichen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs geführt.

Zum Erfolg der ergriffenen Maßnahmen kann aufgrund der kurzen Zeitdauer noch keine belastbare Aussage getroffen werden. Die Vorgänge im Bereich der Sperrung werden im Rahmen eines Monitorings erfasst. Über die Ergebnisse kann zu einem späteren Zeitpunkt berichtet werden.

Das Posinggeschehen hat sich aufgrund der Sperrung verstärkt auf den Osterdeich, die Schlachte, den Innenstadtbereich und die Überseestadt verlagert. Die Polizei Bremen hat dies zur Kenntnis genommen und ihre Maßnahmen in diesem Phänomenbereich entsprechend verlagert.

Bundesratsinitiativen, die sich auf die Eindämmung des zu Grunde liegende Phänomens positiv auswirken könnten, werden unterstützt. Hierzu könnte eine Initiative zur Reduzierung von Verkehrslärm beitragen, aber auch eine Altersgrenze für das Ausleihen von Sportwagen.

Auf eine Erhöhung der Bußgelder für u.a. unnützes Hin- und Herfahren wird gewartet. Eine Änderung der Bußgeldkatalogverordnung ist noch für dieses Jahr zu erwarten.

Die Polizei Bremen startet im Monat September mit dem Ausstellen von Unterlassungsverfügungen. Mit diesen Verfügungen wird Kraftfahrzeugführer*innen bei mehrfach wiederholten Belästigungen Anderer durch unnützes Hin- und Herfahren in einem bestimmten Zeitraum ein Zwangsgeld auferlegt, das deutlich höher als das Verwarngeld angesetzt wird.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage befindet sich in Abstimmung mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 31.08.2021 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.